

Die E-Mail-Debatte

«Wollen Sie das Auto nun allen wieder wegnehmen?»

Gregor Rutz will endlich alle Erträge der Benzinsteuern in den Strassenbau stecken. Autofahrer werden systematisch gehätschelt, findet dagegen Jacqueline Badran

Gregor Rutz

Liebe Frau Badran, in Zürich stehen wir nicht nur an Ostern oder Pfingsten, sondern das ganze Jahr im Stau. Ebenso am Gubrist, um Winterthur oder in Wetzikon. Dort kann die Oberland-Autobahn wegen Einsparungen von linker Seite nicht fertig gebaut werden. Nun haben wir zwar Ruhe auf der grünen Wiese, dafür leiden die Anwohner unter den permanent verstopften Dörfern und den Autokolonnen. Diese Staus kosten die Wirtschaft jedes Jahr 2 Milliarden Franken. So kann es nicht weitergehen. Das Geld, welches die Strassenbenutzer über Steuern und Abgaben bezahlen, muss endlich zielgerichtet für die Strasseninfrastruktur verwendet werden. Würden wir alle Erträge aus der Benzinsteuern in die Strasse investieren, könnten wir viele Engpässe beheben. Mit der Vorlage zur Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (Fabi) wurden über 6 Milliarden Franken für den öffentlichen Verkehr gesprochen. Für die Strasse verweigert die SP jeden Franken - die SP, die lange dafür kämpfte, dass sich jeder Arbeiter ein Auto leisten kann. Wollen Sie das Auto nun allen wieder wegnehmen?

Jacqueline Badran

Früher bedeutete das Auto eine Form von Freiheit für alle Arbeitnehmer. Heute priorisiert die SP tatsächlich den öffentlichen Verkehr. Zu Recht. Das Auto mit seinem Ottomotor ist komplett ineffizient. Kein Unternehmer würde sich eine Maschine anschaffen, die einen lächerlich kleinen Wirkungsgrad aufweist, die 95 Prozent der Zeit unproduktiv rumsteht und die zudem enorme nicht gedeckte Kosten produziert. Das ist kein kluges Konzept, auch wenn das Auto für viele Menschen einen sehr hohen emotionalen Wert hat. Deswegen unterstützen wir auch den neuen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF). Das ist das Pendant zum Fabi-Fonds für den öffentlichen Verkehr. Er bekommt bisheriges und zusätzliches Geld, ist unbefristet und wird auf Verfassungsstufe festgelegt. Sie sollten zufrieden sein.

Debattierer



Jacqueline Badran,

53, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 43,

ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

Gregor Rutz

Der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds hat gute Ansätze, ist aber noch völlig ungenügend. Er soll zu einem grossen Teil über neue Steuern finanziert werden. So enthält er eine weitere Erhöhung der Benzinpreise um 4 Rappen pro Liter. Es ist mir ein Rätsel, wie Politiker aus FDP und CVP solch einer Vorlage völlig unkritisch zustimmen können. Die Milchkuh-Initiative gilt ebenfalls unbefristet und ist auf Verfassungsstufe - sie verhindert aber eine weitere Benzinpreiserhöhung. Gleichzeitig können sämtliche Projekte, die der NAF umfasst, realisiert werden. Dies ist nötig - denn bei aller Sympathie für den öffentlichen Verkehr: Weder Bauernhöfe noch Migros-Filialen haben einen Gleisanschluss. Sechzig Prozent der Güter werden auf der Strasse transportiert. Hier muss auch die SP die Realität akzeptieren.

Jacqueline Badran

Neue Einnahmen? Wohl eher längst fällige Anpassung. Der Mineralölsteuereinschlag wurde seit 1974 nie erhöht, nicht einmal der Teuerung angepasst. Die reale Belastung der Autofahrer hat sich seit 1970 mehr als halbiert. Jetzt soll der Zuschlag von 73,12 Rappen um bescheidene 4 Rappen erhöht werden. Und der Verbrauch der Autos pro Kilometer ist zum Glück endlich zurückgegangen - netto wird also sehr viel weniger bezahlt. Ebenso wurden die kantonalen Strassenverkehrsabgaben seit Jahrzehnten nie erhöht. Der Strassenverkehr deckt seine Kosten bei weitem nicht. In der Stadt Zürich geben wir rund 300 Millionen Franken jährlich für die Strassen aus. Aus allgemeinen Steuermitteln - wie alle anderen Gemeinden! Obwohl die Hälfte der Zürcher Haushalte kein Auto hat. Wir dürfen keinen Landwert in die Parkplatzgebühren einrechnen. Die Gemeinschaft stellt somit gratis enorme wertvolle Flächen zur Verfügung. Eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffe haben wir auch nicht, trotz Milliarden ungedeckter Kosten wegen der Klimaerwärmung. Zudem verur-

sachen Unfälle jährliche Kosten in Milliardenhöhe. Ihr Jammern entbehrt jeglicher Grundlage und die abstruse Milchkuh-Initiative ebenso. Das sehen sämtliche Parteien auch so - ausser der SVP.

Gregor Rutz

Die Milchkuh-Initiative ist einfach und logisch: Sie trägt dem Verursacherprinzip Rechnung. In den kommenden vier Jahren erwartet der Bund 5 Milliarden Franken mehr Steuereinnahmen. Umso wichtiger, jetzt zu schauen, wohin dieses Geld fliesst! Vergessen Sie nicht: Der öffentliche Verkehr könnte ohne Strasse nicht funktionieren. Rund 75 Prozent der mit dem öffentlichen Verkehr beförderten Personen nutzen die Strasse. Für das Gewerbe ist eine intakte Strasseninfrastruktur lebenswichtig - darum unterstützen etliche Wirtschaftsverbände diese Initiative. Von entlasteten Innenstädten profitieren zudem auch Fussgänger und Velofahrer. Es gibt also wirklich mehr als genug Gründe, Ja zu stimmen!

Jacqueline Badran

Danke bestens. Wir wissen um die Zusammenhänge von Schiene und Strasse. Deshalb unterstützen wir ja auch den bestens ausgestatteten NAF, der den von Ihnen geforderten Ausbau und Unterhalt der Strassen sichert. Dabei gehen wir weit über unsere Schmerzgrenze. Ich hab ja nicht einmal einen Bruchteil der nicht gedeckten Kosten aufgezählt. Denken Sie an den Lärm, der Millionen Menschen plagt. Denken Sie an die massive steuerliche Bevorzugung der Autofahrer mit dem Pendlerabzug, der die Kantone Milliarden kostet. Denken Sie daran, dass die Strassen die grössten Landfresser sind, nicht etwa die Einfamilienhäuser. Autofahrer werden systematisch gehätschelt und sind das Gegenteil von Milchkuhen - der Name der Initiative ist eine unredliche Irreführung. Der neue NAF reicht völlig aus und macht die Initiative noch überflüssiger. Deshalb haben ja alle anderen Parteien auch die Nein-Parole beschlossen.



Nachgefragt bei

Markus Städeli

Missbraucht die EU ihre Macht dazu, europäische Firmen vor dem US-Giganten Google zu schützen?

Die EU-Kommission betreibe Heimatschutz, sagen Kritiker. Die Bürokraten aus Brüssel haben sich nämlich erneut Google vorgeknöpft. Diesmal wirft die EU dem US-Technologiekonzern vor, er missbrauche seine marktbeherrschende Stellung mit dem weit verbreiteten Android-Betriebssystem. Rund 80 Prozent aller Mobilgeräte wie Smartphones und Tablets sind mit ihm ausgerüstet. Google stellt Android den Geräteherstellern wie Samsung oder Sony gratis zur Verfügung. Im Gegenzug macht die Firma aber einige Auflagen, mit denen sie Wasser auf die eigenen Mühlen leitet. Gerätehersteller, die zum Beispiel den unumgänglichen Play Store von Google vorinstallieren wollen, dürfen dies nur tun, wenn sie auch andere Google-Dienste berücksichtigen. Dies führt in der Praxis dazu, dass wir Konsumenten auf unseren Android-Mobilgeräten meist eine Reihe von Google-Apps vorfinden. Und diesen dann aus Bequemlichkeit den Vorzug gegenüber den Diensten anderer Firmen geben.

Das erinnert an ein anderes Verfahren der EU aus dem Jahr 2001 gegen Microsoft. Die EU verpflichtete den US-Tech-Riesen, auf dessen allgegenwärtigem PC-Betriebssystem Windows auch andere Browser zur Verfügung zu stellen als nur den eigenen Internet Explorer. Einer der grössten Profiteure dieser Intervention war ausgerechnet Google.

Damals wie heute hat die EU recht, wenn sie fragwürdiges Gebaren dominanter Firmen aufs Korn nimmt. Den Wettbewerb zu forcieren, ist immer gut. Womöglich haben gewisse Kreise in Brüssel wirklich das Ziel, mit solchen Verfahren den oft beklagten Rückstand der europäischen Digitalindustrie zu verkleinern. Doch weil die innovativsten IT-Firmen aus dem Silicon Valley, aus China und Israel stammen, wird Google dereinst wohl von einer nichteuropäischen Firma herausgefordert. Wichtig ist, dass nicht der dominanteste, sondern der beste Akteur das Rennen macht. Woher er kommt, ist uns Konsumenten egal.

Markus Städeli ist Wirtschaftsredaktor bei der «NZZ am Sonntag».

51 Prozent

Bedingungslos für ihn, Hausfrauenlohn für sie?



Nicole Althaus

Es gibt ein Argument, das den Befürwortern des bedingungslosen Grundeinkommens, über das die Schweiz als erstes Land am 5. Juni abstimmen wird, stets zuvorderst auf der Zunge liegt. Ein Argument, das sie mit Garantie aussprechen, wenn sie in einer Diskussion in eine Sackgasse geraten sind. Ein Argument vorab, das ihnen den Anstrich philanthropischer Querdenker gibt: Es gehe nicht ums Gewinnen, sondern um die Debatte. Das Grundeinkommen nämlich, so behaupten die Initianten Daniel Häni und Philip Kovce in ihrem Buch zur Abstimmung, stelle ideologiefrei die «richtigen Fragen» und das Nachdenken darüber «verändere die Gesellschaft», egal wie die Abstimmung aussehe.

Wirklich? Was hat das Nachdenken denn gebracht, seit die Initianten im Oktober 2013 acht Millionen Fünffräppler auf den Bundesplatz kippten, einen für jeden in der Schweiz lebenden Menschen? Neue Einsichten jedenfalls nicht. Im Gegenteil sind bisher von Gegnern wie Befürwortern uralte Rollen-Klischees wieder aufgewärmt worden. Wenn mich die Debatte etwas gelehrt hat, dann

dies: Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Gedankenspiel für den Mann. Die Frau weiss ja bereits, wo sie hingehört.

«Führt die Initiative zu einem Hausfrauen-Boom?», fragte die Zeitung «20 Minuten» vergangenen Donnerstag und zitierte die Befürchtung des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse, dass vor allem teilzeitarbeitende Frauen ihren Job an den Nagel hängen würden, sobald man ihnen ein Grundeinkommen bezahlte. So pessimistisch schätzen die Befürworter die weibliche Erwerbsmotivation zwar nicht ein. Aber auch sie stellen die traditionelle Arbeitsteilung nicht infrage: «Die Betreuungsarbeit, die Frauen leisten, hätte durch die Entlohnung endlich einen sichtbaren Wert», liess sich der renommierte Paartherapeut Klaus Heer zitieren.

Einig ist man sich beim Nachdenken über das Grundeinkommen vorab darüber, dass Kümmerarbeit etwas ist, das Frauen auch künftig stillschweigend erledigen. Selbstverständlich würden die Schweizer Initianten diese Grundannahme niemals so klar formulieren wie einst ihr deutscher Kollege, Vordenker und Mitkämpfer Götz Werner im Bayerischen Rundfunk: «Frauen würden für die Familienarbeit bezahlt und wären nicht mehr - nur - vom Einkommen des Mannes abhängig.» Schliesslich sind Häni und Co. ein bis zwei Generationen jünger als der erfolgreiche Patron alter Schule. Sie haben sich eine gewisse Gender-Sensibilität antrainiert und wissen um die imageschädigende Wirkung solcher Aussagen. Aber von der Forderung der bekannten Schweizer Ethikerin und



Wenn mich die Debatte etwas gelehrt hat, dann dies: Das Grundeinkommen ist ein Gedankenspiel für den Mann. Die Frau weiss ja bereits, wo sie hingehört.

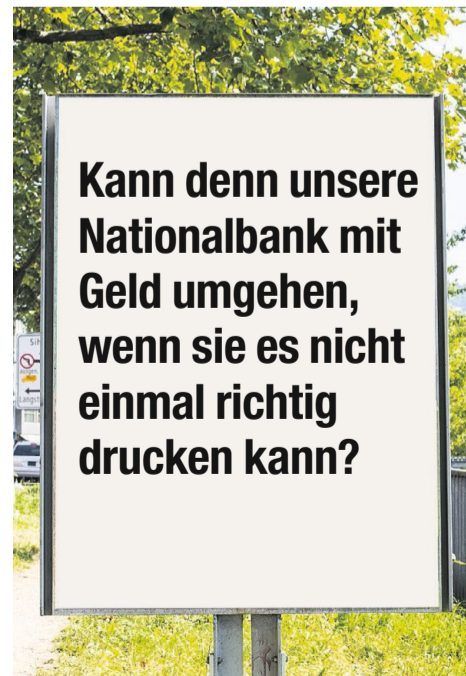
Mitinitiantin Ina Praetorius, dass die unbezahlte Care-Arbeit in die Debatte einbezogen werden müsse, wollten auch die jungen Herren nichts wissen. Die selbsterklärten Fragenliebhaber machen bewusst einen grossen Bogen um die Fragen aus weiblicher Sicht: Was ändert ein Grundeinkommen an der einseitigen Verteilung der Gratisarbeit in der Gesellschaft? Führt es zu gleichem Lohn für gleiche Arbeit? Was ist fortschrittlich an der Idee eines Grundeinkommens, das lediglich den Familien mit traditioneller Rollenteilung mehr Geld in die Kasse spülen würde? Schliesslich gehen alle Familien mit teilzeitarbeitenden Elternteilen leer aus, weil der Grundlohn vom Erwerbslohn abgezogen würde. Wird der Staat weitere Krippenplätze subventionieren, wenn Mütter und Väter ein Grundeinkommen bekämen? Und worin besteht eigentlich genau die Bedingungslosigkeit eines Grundeinkommens für das Putzen, Waschen, Kochen? Gilt Hausarbeit nicht als Leistung?

Keine dieser Fragen taucht im Buch von Häni und Kovce auf. Daraus muss man folgern, dass der Mensch, den die beiden Autoren vom Joch der unfreiwilligen Arbeit befreien wollen, männlich ist. Der Mann ist Ausgangspunkt und Ende ihres Gedankenspiels, Arbeit ist selbstredend Erwerbsarbeit. Der Rest ist nicht der Rede wert, weil weiblich. Was an diesem Gedankenspiel ideologiefrei sein soll, ist mir ein Rätsel.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Strittis Schlagzeile

Zu den Problemen mit der neuen 50-Franken-Note.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GJK in Zürich.